Beschlussvorlage

Fachbereich:	FB 31 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	Datum:	17.02.2022
Berichtersteller:	Flach, Dennis und Nehring, Marita	AZ:	ÖPNV
		Vorlage Nr.:	019/2022

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität	10.03.2022	öffentlich - Entscheidung

Antrag der Freien-Wähler Kreistagsfraktion vom 21.10.2021; Testweise Einführung eines 365 €-Tickets auf der Linie Coburg-Weitramsdorf-Seßlach

Anlage: Antrag vom 21.10.2021

I. Sachverhalt

Grundsätzlich regelt das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) im § 39 Absatz 3 folgendes: „Die nach Absatz 1 festgestellten Beförderungsentgelte dürfen nicht über- oder unterschritten werden; sie sind gleichmäßig anzuwenden. Ermäßigungen, die nicht unter gleichen Bedingungen jedermann zugutekommen, sind verboten und nichtig“. Ein extrem vergünstigtes Ticket auf einer einzelnen Linie im Landkreis widerspricht diesen Anforderungen. Die Regierung von Oberfranken schreibt dazu in ihrer Stellungnahme, dass es suboptimal und nicht unbedingt ratsam sei, innerhalb einer Liniengenehmigung verschiedene bzw. unterschiedliche Tarife anzuwenden. Ein grundsätzliches Verbot der Einführung spricht die Regierung jedoch nicht aus, da sich argumentieren ließe, dass jede Person, die die Linie 8301 nutzt, auch ein 365€-Ticket erwerben könnte.

Seitdem das 365€-Ticket das erste Mal in Wien eingesetzt wurde, hat sich die Idee in viele Städte und Gemeinde verbreitet. Das Ticket wird häufig als ein wesentlicher Faktor für eine Attraktivitätssteigerung im ÖPNV gesehen.

Die Einführung und Evaluation in Wien zeigt jedoch, dass das 365€-Ticket allein nicht für diese Attraktivitätssteigerung sorgt. Laut der begleitenden Studie gab es in Wien nach der Einführung keinen signifikanten Neukundeneffekt. Die Vergünstigung der Jahreskarte auf 365€ und die deutliche Verteuerung anderer Tarife wie Wochen- oder Monatskarten führten zu einem Wechsel vieler Gelegenheitsfahrer zur Jahreskarte. Tatsächliche Neukunden wurden mit der Maßnahme hingegen wenige gewonnen.

Damit mehr Bürgerinnen und Bürger auf den ÖPNV umsteigen, braucht es zahlreiche weitere begleitende Maßnahmen. In Wien wurde beispielsweise das ÖPNV-Angebot massiv ausgebaut, der Parkraum verknappt, vorhandene Parkplätze verteuert und es gibt eine sogenannte Nutznießer-Finanzierung. Jeder Arbeitgeber zahlt einen Betrag pro Mitarbeiter und Arbeitswoche. Diese Einnahmen werden zweckgebunden für den ÖPNV-Ausbau eingesetzt. Dadurch können die auftretenden Mindereinnahmen kompensiert werden.

Der VGN hat bereits ein 365€-Ticket für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler. Die Mindereinnahmen in Höhe von ca. 40 Millionen Euro tragen momentan zu 2/3 der Freistaat Bayern und zu 1/3 die beteiligten Städte und Gemeinden.

Zusätzlich hat der VGN eine Studie in Auftrag gegeben, die eine Einführung des 365€-Tickets für alle geprüft hat. Anders als in Wien ging es im VGN um ein erheblich vergünstigtes Jahresticket, das in 8 kreisfreien Städten sowie 16 Landkreisen verfügbar wäre. Dazu haben die Experten sieben verschiedene Tarifmodelle entwickelt und untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass ein solches Ticket hohe Einbußen bei den Fahrgeldeinnahmen und damit hohe Kosten für die Städte und Landkreise zur Folge hätte. Je nach Modell liegen

diese bei 55 bis 100 Millionen Euro pro Jahr.

Ohne Förderung des Freistaates wird ein solches Finanzierungsvolumen allein aus den kommunalen Haushalten nicht zu stemmen sein.

Außerdem gibt es je nach Modell lediglich einen Fahrtenzuwachs zwischen 1,9 und 3,2 Prozent. Das Gutachterbüro schlägt vor, Alternativen zu prüfen, wie etwa wirksame Verbesserungen im Verkehrsangebot oder gezielte tarifliche Angebote für finanziell schwache Fahrgastgruppen.

Als Folge hat der Grundvertragsausschuss des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg beschlossen, dass es vorerst kein 365€-Ticket im Gesamttraum geben wird.

Diese Entscheidung des VGN greift die Stellungnahme der Regierung von Oberfranken auf. Sie weist daraufhin, dass wenn eine erfolgreiche, probeweise Einführung erfolgt und am 01.01.2024 in den VGN eingetreten wird, müsse man mit berechtigten Beschwerden der Fahrgäste rechnen. Denn mit dem Beitritt müssten die Tarifbedingungen des VGN angewendet werden, die dann kein 365€-Ticket hätten.

Die Linie 8301 hatte im Jahr 2021 trotz der Fahrgastauswirkungen aufgrund der Corona-Pandemie einen stabilen „Jedermann-Anteil“ von 31,07 Prozent.

Viele Fahrgäste sind mit einer 6-Fahrten-Karte, einer Wochen- oder einer Monatskarte unterwegs. Diese Personen würden wahrscheinlich mehrheitlich zum 365€-Ticket wechseln und die Tarifeinnahmen des Landkreises sinken lassen.

Die genauen Einnahmeverluste lassen sich nur schätzen.

Bei den Käuferinnen und Käufern von Mehrfahrten-, Wochen-, Monats- und Jahreskarten werden die Einnahmeverluste bei circa 50.000 Euro liegen.

Beim Schülerverkehr sind es über 340 Schülerinnen und Schüler, die die Linie nutzen. Wenn das Ticket nur noch 365 Euro im Jahr kostet, entstehen so Mindereinnahmen von über 135.000 Euro.

Sodass insgesamt ein jährlicher Betrag von ca. 185.000 Euro durch den Landkreis Haushalt finanziert werden müsste.

Nicht allein der Fahrpreis ist ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität des ÖPNV, sondern mehrere aufeinander abgestimmte Maßnahmen. Zusätzlich ist die Einführung eines 365€-Tickets ein hoher finanzieller Aufwand, den der Landkreis auch für eine einzelne Linie zu stemmen bereit sein muss. Eine Förderung durch den Freistaat Bayern ist dabei nicht zu erwarten. In der Grundlagenstudie des VGN für einen möglichen Beitritt werden die Aufwendungen entsprechend mitgeprüft. Von der Einführung zum 01.01.2024 könnten dann alle Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises profitieren.

Im Sommer dieses Jahres ist darüber hinaus die Einführung eines digitalen Tickets geplant, für das verschiedene Rabattmodelle denkbar sind.

Stellungnahme FB Z3 Kämmerei:

Eine weitere freiwillige Leistung in dieser Größe wird seitens der Kämmerei äußerst kritisch gesehen. Wir sind Stabilisierungslandkreis und müssten unsere freiwilligen Leistungen jährlich hinterfragen und zurückfahren. Die Regierung von Mittelfranken hat bei der Genehmigung des Haushalts die Stadt Nürnberg angehalten, keine weiteren zusätzlichen großen und dauerhaften konsumtiven Ausgaben zu beschließen und dabei ausdrücklich das 365 €-Ticket erwähnt.

II. Ressourcen

Die vorgeschlagene Maßnahme ist eine freiwillige Leistung des Landkreises.

Bei Ablehnung dieses Beschlusses und dessen Umsetzung werden Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 185.000 € jährlich benötigt. Eine Umsetzung des Antrags verteuert den

Verkehrsvertrag. Die Haushaltsmittel müssen auf der Haushaltstelle 0.8200.6360 zusätzlich vorgesehen werden.

Weitere Mittel sind für die nächsten Jahre entsprechend und verbindlich in Höhe von 185.000 € für das HH-Jahr 2023 vorzusehen.

Es ist keine Förderung zu erwarten.

III. Beschlussvorschlag

Bei einem möglichen VGN-Beitritt ist das 365 €-Ticket für alle Auszubildende, Schülerinnen und Schüler mit beinhaltet. Der Kreistag wird im Jahr 2023 über den Beitritt zum VGN entscheiden. Der Antrag auf testweise Einführung eines 365 €-Ticket auf der Linie 8301 Coburg-Weitramsdorf-Seßlach wird abgelehnt.

- IV. In Finanzangelegenheiten
an FB Z3
mit der Bitte um Mitzeichnung.

- V. An GBL 3
mit der Bitte um Mitzeichnung.

- VI. In Finanz- und Personalangelegenheiten
an GBL Z
mit der Bitte um Mitzeichnung
.....

- VII. An Büro Landrat
mit der Bitte um Mitzeichnung.
- immer erforderlich -

- VIII. WV am Sitzungstag beim zuständigen Sitzungsdienst.

- IX. Zum Akt/Vorgang

Name
(Unterschrift Vorlagenersteller)

Landratsamt Coburg

Sebastian Straubel
Landrat